

Haushalt 2018
Umsetzung der Höchstgrenze für die Ausweitung
des Beamten- und Arbeitnehmerstellenplanes des
Referats für Gesundheit und Umwelt

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11054

1 Anlage

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates
vom 06.06.2018
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Die in der Anlage 1 beigefügte Beschlussvorlage wurde in der gemeinsamen Sitzung des Umweltausschusses und des Gesundheitsausschusses vom 15.05.2018 in die heutige Vollversammlung verlegt mit dem Auftrag, die aufgeworfenen Fragen mit dem Personal- und Organisationsreferat zu klären.

Das Personal- und Organisationsreferat führt dazu Folgendes aus:

„Das Personal- und Organisationsreferat bestätigt die vom Referat für Gesundheit und Umwelt genannte Abstimmung zu Umsetzung der sogenannten „800-er Höchstgrenze“.

Der Stadtrat hat am 13.12.2017 mit Änderungsantrag der Stadtratsfraktionen der CSU und SPD u.a. beschlossen, dass von den ursprünglich für das Haushaltsjahr 2018 vorgesehenen rund 1.070 Stellen (VZÄ) 800 Stellen (VZÄ) umgesetzt werden.

Die Verteilung auf die einzelnen Referate richtete sich entsprechend dem Antrag anteilig nach den im Jahr 2017 zusätzlich beschlossenen Kapazitäten.

Finanzierungsbesonderheiten, wie z.B. Gegenfinanzierungen oder auch Befristungen blieben – dem Antrag entsprechend – unberücksichtigt.

Die vom Referat für Gesundheit und Umwelt angebotene Überplanstelle für den Stadtdirektor der Wertigkeit B 4 war somit in der Verteilungsbasis enthalten und erhöhte den Anteil der zu reduzierenden Stellen.

Logisch konsequent wurde diese Stelle dann auch vom Personal- und Organisationsreferat als Reduzierung im Rahmen der Umsetzung der „800-er Höchstgrenze“ akzeptiert.“

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Korreferentin des Referates für Gesundheit und Umwelt, Frau Stadträtin Sabine Krieger sowie die Stadtkämmerei und das Personal- und Organisationsreferat haben einen Abdruck der Vorlage erhalten.

II. Antrag der Referentin

1. Die Kompensation von 1,8 nicht- zweckgebundenen Stellen (VZÄ) zur Erbringung der Einsparquote wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, 1,5 zweckgebundene Stellen (VZÄ) sowie 5,0 Stellen (VZÄ) aus Beschlüssen im Jahr 2017 zur Umsetzung der Höchstgrenze heranzuziehen.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister

Stephanie Jacobs
Berufsmäßige Stadträtin

- IV. Abdruck von I. mit III. (Beglaubigungen)
über das Direktorium HA II/V - Stadtratsprotokolle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-RL-RB-SB

- V. Wv Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-RL-RB-SB
zur weiteren Veranlassung (Archivierung, Hinweis-Mail).